



GLOBAL NET

**STOP
THE
ARMS
TRADE**

Fall 09

GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (GN-STAT)

Eine besondere Waffenbrüderschaft – Deutsche Rüstungslieferungen an die Türkei 1890 bis heute

Von Wolfgang Landgraeber

Publikationsdatum: Oktober 2025

Version: 20.10.2025

Inhalt

Vorbemerkung	3
Die Geschichte der deutsch-türkischen Rüstungszusammenarbeit seit 1860	4
Heckler & Koch-Gewehre als Standardwaffe für die türkische Armee	5
Deutsche Radpanzer gegen Kurden in der Osttürkei	6
Weitere deutsche Waffenlieferungen an die Türkei 1980 – 1999	7
Leopard 2-Panzer als NATO-Rüstungshilfe – zweckentfremdet für den Krieg gegen Kurden in Syrien	9
Der Eurofighter - heiß begehrt von der türkischen Luftwaffe	11
Deutsche Kriegsschiffe und Torpedos für die türkische Mittelmeerflotte	11
Deutsche Hilfe beim Aufbau einer türkischen High-Tech-Rüstungsindustrie	12
Zusammenfassung	13

Vorbemerkung

Die seit mehr als 100 Jahren bestehende enge Waffenbrüderschaft zwischen Deutschland und der Türkei wurde zum Teil bereits im GN-STAT-Fall 1 „*Deutsche Waffenexporte für den Völkermord: Mauser-Gewehre und Krupp-Kanonen im Einsatz beim Genozid der Türkei in Armenien (1895-1916)*“ thematisiert. Im Folgenden geht es um die Fortsetzung der umfangreichen Waffenlieferungen deutscher Rüstungs-konzerne an die Türkei seit Gründung der NATO 1949. Waren damals die Firmen *Mauser* und *Krupp* die Hauptprofiteure der Lieferungen, sind es heute Firmen, die hinsichtlich Waffentechnik und Umsatz als deren Nachfolger betrachtet werden können: *Heckler & Koch*, hervorgegangen aus der Firma *Mauser*, und der Konzern *Rheinmetall*, dessen Hauptaktionär im Jahr 1909 die *Friedrich Krupp AG* war, bevor sie in den Besitz der Reichsregierung und anderer Firmen übergang. Damals wurden die deutschen Waffen u.a. im Feldzug gegen das Volk der Armenier mit weit über einer Million Toten eingesetzt - heute sind die Hauptleidtragenden eines seit Jahrzehnten andauernden Konflikts die Kurden in der Osttürkei und einigen Nachbarländern.

Seit Jahrhunderten sind die Kurden ein Volk ohne eigenen Staat. Zerstreut in Siedlungsräumen in der Türkei, Syrien, Irak und Iran, wurden sie bis in heutige Zeiten entweder zwangsassimiliert oder militärisch bekämpft. Ihre Unterdrückung mit Waffengewalt provozierte zum Teil heftige Gegenwehr mit Widerstandsaktionen bis hin zum Guerillakrieg. Vor allem im Irak und in der Türkei kam es darauf hin immer wieder zu kollektiven Strafactionen und Massakern, die Tausende Opfer forderten, und in Reaktion darauf zu Bombenanschlägen und Überfällen auf Kasernen und Militärposten der beiden Länder. Seit der Republikgründung durch Atatürk und dem Beginn der Herrschaft des Diktators Saddam Hussein im Irak wurden bei der Niederschlagung von Kurden-Aufständen und Guerilla-Aktionen auch geächtete Waffen wie chemische Kampfstoffe eingesetzt, wobei die Zivilbevölkerung nicht geschont wurde (siehe GN-STAT Case 8 „Chemische Waffen im Kriegseinsatz“, Kapitel 4, 7 und 8).

Im Folgenden soll es nach einem kurzen Rückblick darum gehen zu beschreiben, wie sämtliche Bundesregierungen seit Konrad Adenauer die Türkei mit konventionellen Waffen belieferten und sie so in die Lage versetzten, kurdische Nationalisten mit äußerster Härte zu bekämpfen.¹ Dieser Krieg wurde - neben vielen weiteren in anderen Ländern der Welt - für einige Jahrzehnte auch zum Bestandteil des Ost-West-Konflikts, bei dem sich die kurdische Arbeiterpartei PKK für ihre kriegesischen Auseinandersetzungen mit der türkischen Staatsgewalt von der UdSSR und der DDR mit Waffen beliefern ließ, während die Bundesrepublik Deutschland die Rolle des wichtigsten westeuropäischen Rüstungslieferanten für die Türkei übernahm.

¹ Wie unbarmherzig es dabei zugeht, zeigen Betroffenenberichte im Buch „Versteck dich, wenn sie schießen“ von Jürgen Grässlin, Droemersch Verlag, München 2003

„Militärisch unlösbar“ lautet der Befund politischer Analysten, wenn es um die Chancen für die Beendigung der Gewalt zwischen Türken und Kurden geht.² Doch nicht nur der türkisch-kurdische Dauerkonflikt hielt die intensive Rüstungszusammenarbeit zwischen Berlin (bzw. Bonn) und Ankara bis heute am Leben. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan macht schon seit Längerem keinen Hehl daraus, dass sein Land, in der Nachbarschaft Russlands am Schwarzen Meer gelegen, strategisch eine größere Rolle in der Region spielen will. Hinzu kommt der latente Konflikt mit Griechenland um Bodenschätze im östlichen Mittelmeer.

Europäischen Waffenlieferanten und ihren Exportinteressen kam die NATO-Mitgliedschaft der Türkei seit 1952 sehr gelegen. Denn viele Rüstungsgüter wurden in der Nachkriegszeit bestellt mit der Begründung, die Ostflanke der NATO gegen die frühere Sowjetunion abzusichern - eine Aufgabe, die ihr nach dem Ende des Warschauer Pakts gegenüber Russland geblieben ist. Von der Bekämpfung kurdischer Aufständischer war in den vergangenen Jahrzehnten bei der Bestellung von Sturm- und Maschinengewehren, Kampf- und Schützenpanzern sowie von Artillerie- und sonstiger Munition dagegen kaum die Rede. Die geforderten Endverbleibs-Zertifikate, die darüber Auskunft geben sollen, welchen militärischen Zwecken die gewünschten Rüstungsgüter dienen, bleiben bedeutungslos, wenn dieselben Waffen nach ihrer Lieferung mal zur nationalen Verteidigung, mal zur innerstaatlichen Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden.

Noch schwieriger ist bei Rüstungsexporten die Unterscheidung zwischen „erlaubt“ und „verboten“, wenn sogenannte „Dual-Use-Güter“ zur Debatte stehen, nämlich solche, die sowohl militärisch wie zivil genutzt werden können. Dazu gehören z.B. Kampfstoffe aus Chemikalien, die auch in Düngemitteln oder Insektiziden enthalten sind und - wie im GN-STAT-Fall 8 „Chemiewaffen im Kriegseinsatz“ im Hinblick auf die Türkei und den Irak ausführlich beschrieben - vielfach gegen kurdische Zivilisten zum Einsatz kamen.

Die Geschichte der deutsch-türkischen Rüstungszusammenarbeit seit 1860

Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II., die osmanischen Sultane Abdülhamid II. und Mehmet V., der türkische Kriegsminister Enver Pascha sowie der preußische Generalfeldmarschall Friedrich Wilhelm Freiherr von der Goltz dürfen als die historischen Begründer einer Waffenbrüderschaft angesehen werden, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann und mit Unterbrechungen bis heute anhält. Hunderttausende *Mauser*-Gewehre und -Karabiner und einige Hundert damals hochmoderner *Krupp*-Kanonen wurden zwischen 1860 und 1910 in das Osmanische Reich verschifft, einige Dutzend preußischer Stabsoffiziere vom Majorsrang aufwärts unterrichteten türkische Kadetten in moderner Kriegführung nach wilhelminisch-preußischen Standards. Kaiser Wilhelm II. ließ sich wiederholt in türkischer Paradeuniform ablichten, und Generalfeldmarschall Freiherr von der Goltz erhielt als Reformator der türkischen Armee den Ehrentitel „Pascha“. Dass er als Berater des türkischen Generalstabs auch den

² Rafik Hähnlein: „Militärisch unlösbar – Die jüngste Eskalation zwischen Kurden und dem türkischen Staat“ in: bpb.de (Bundeszentrale für politische Bildung) v.10.4.2018, abgerufen am 3.2.2025. Hähnlein ist Mitarbeiter der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) – siehe dort

Völkermord an den Armeniern anheizte, steht allerdings bis heute in keiner offiziellen Biografie. Die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft endete zunächst mit der Niederlage beider Staaten im Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Osmanischen und des Deutschen Kaiserreiches. Doch es sollte nicht lange dauern, bis sie nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererstand.

Zwischen 1918, dem Ende des Ersten Weltkrieges und 1933, dem Wahlsieg der Nationalsozialisten, wurden beide Länder zu Republiken auf der Basis demokratischer Verfassungen. Im November 1918 wurde die Weimarer Republik ausgerufen, 1923 die Türkische Republik unter Mustafa Kemal, genannt Atatürk. Während die Weimarer Republik wegen der Auflagen des Versailler Vertrages eine Einschränkung ihrer Souveränität hinnehmen musste, die u.a. die Begrenzung der Truppen- und Waffenstärke der Reichswehr zur Folge hatte, war die türkische Republik nach dem Vertrag von Lausanne 1923 ein vollsouveräner Staat. In den 1920er Jahren waren beide Seiten an der Fortführung guter Beziehungen interessiert, die 1924 zum Abschluss eines deutsch-türkischen Freundschaftsvertrages führten. Der intensivierte die deutsch-türkischen Handelsbeziehungen und ließ u.a. die Wiederentsendung von deutschen Militärberatern in die Türkei zu.³

Im Zweiten Weltkrieg verhielt sich die Türkei offiziell neutral, aber sie blieb wichtiger Handelspartner des Deutschen Reichs und erlaubte Hitler mehrfach die Verlegung deutscher Truppen durch türkisches Staatsgebiet in den Nahen Osten. Erst in den letzten Kriegsmonaten erklärte Ankara auf Druck der Alliierten Deutschland den Krieg.

Heckler & Koch-Gewehre als Standardwaffe für die türkische Armee

Mit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO 1955 und der Aufstellung und Bewaffnung der Bundeswehr kam auch der deutsch-türkische Rüstungshandel wieder in Schwung. Zwei Ingenieure der Firma *Mauser* in Oberndorf am Neckar, die während des Zweiten Weltkriegs zum *Quandt*-Konzern gehörte, hatten ebenfalls in Oberndorf die Gewehrfabrik *Heckler&Koch* gegründet und rüsteten ab Mitte der 1950er Jahre die Bundeswehr mit Gewehren des Typs G3 und Maschinenpistolen vom Typ MP 5 aus. Die Bundeswehr erreichte bald die im Kalten Krieg vorgesehene Mannschaftsstärke von 500.000 Soldaten, und entsprechend hoch war ihr Bedarf an Handfeuerwaffen. Doch die moderne Fabrik auf einem Schwarzwaldhügel hoch über Oberndorf konnte noch viel mehr. Nicht nur lieferte sie G3-Gewehre für weitere NATO-Armeen in Westeuropa, sondern sie verkaufte mit Genehmigung der erst unionsgeführten, dann sozialliberalen Bundesregierungen auch Handfeuerwaffen in viele Länder der Welt, die als mit der NATO befreundet galten. Was diese allerdings nicht davon abhielt, z.B. in Afrika blutige Kolonial- und Bürgerkriege mit Waffen aus Oberndorf auszufechten⁴. Schließlich vergab *Heckler & Koch* bereits ab den

³ Zur Geschichte der deutsch-türkischen Beziehungen 1918-1998, Deutscher Bundestag, wissenschaftliche Dienste, Nr.26/07, abgerufen am 3.1. 2017

⁴ Viele Nachweise dafür finden sich in den Dokumentarfilmen „Fern vom Krieg“ von Wolfgang Landgraeber (1982) und „Tödliche Geschäfte“ von Peter Ohlendorf (2003) sowie in dem Buch „Versteck dich, wenn sie schießen“ (2003) von Jürgen Grässlin

1960er Jahren Lizenzen mit freundlicher Regierungserlaubnis aus der damaligen Bundeshauptstadt Bonn an Staaten, die eigene Fabriken für die Herstellung von G3 und MP 5 errichteten. Dazu gehörte auch die Türkei. Die Lizenzfabrikation übernahm die 1950 verstaatlichte Firma *Makina ve Kimya Endüstrisi* (MKE), die an zwölf Standorten in der Türkei neben den *Heckler & Koch*-Gewehren G3 und HK 33 und der Maschinenpistole MP5 auch Raketensysteme, Munition und Treibstoffe herstellt - auch für ausländische Kunden, wie ein Firmenprospekt betont.

Es dauerte nicht lange, bis der gesamte Weltmarkt an Handfeuerwaffen von Erzeugnissen aus Oberndorf oder aus den mehr als 30 Staaten, die über Lizenzen von H&K für den Eigenbau verfügten, pandemieartig überschwemmt war. „Erfolgreicher“ war und ist nur die sowjetische *Kalaschnikow* des Typs AK 47 und ihre unzähligen Varianten, die in allen Ländern des ehemaligen Warschauer Pakts verbreitet sind sowie in den befreundeten Staaten der damaligen Sowjetunion, die ebenso wie die H&K-Produkte über entsprechende Lizenzen für den Nachbau verfüg(t)en.

So standen sich in den Kurdengebieten der Türkei ab den frühen 1970er Jahren PKK-Kämpfer mit der *Kalaschnikow* und türkische Soldaten oder Gendarmen mit dem G3 oder der MP 5 gegenüber. Das G3 wurde auch in der Türkei inzwischen durch das modernere G 36 ersetzt, aber die militärische Lage in den Kurdengebieten ist seit Jahrzehnten unverändert. Bis vor Kurzem verübten PKK-Kämpfer, die in den USA und einigen weiteren NATO-Ländern wie der Bundesrepublik als Terroristen eingestuft sind, Anschläge in türkischen Metropolen wie Istanbul, Izmir, Ankara und Antalya⁵, und die türkische Staatsführung reagierte mit Vergeltungsschlägen in kurdischen Provinzen östlich von Diyarbakir mit Panzern und Kampffjets. Die von der türkischen Regierung genannte Zahl von 45.000 im türkisch-kurdischen Konflikt bislang Getöteten dürfte deshalb nicht übertrieben sein. Inzwischen deuten die Zeichen auf Entspannung: PKK-Führer Öcalan forderte seine Kämpfer auf, die Waffen niederzulegen. Bedingung dafür sei seine Freilassung. Dazu scheint aber Erdogan (noch) nicht bereit. Der Konflikt geht also weiter. Ein Konflikt, für den deutsche Regierungen und Waffenfirmen fleißig Beihilfe leisteten. Hier einige weitere Beispiele:

Deutsche Radpanzer gegen Kurden in der Osttürkei

1994 gelang der Redaktion des politischen ARD-Magazins *Monitor* im Zusammenhang mit Rüstungslieferungen an die Türkei ein journalistischer Coup, der sowohl die türkische wie die deutsche Regierung Lügen strafte. Die Bundesrepublik hatte drei Jahre zuvor aus den Beständen der NVA - den Streitkräften der untergegangenen DDR - 300 bereifte Schützenpanzer des Typs BTR 60 übernommen und einen Teil davon an die Türkei verkauft mit der Auflage, dass sie nicht im Dauerkonflikt mit den Kurden eingesetzt werden dürften. Doch die türkische Seite hielt sich nicht an diese Vereinbarung, wie Filmaufnahmen und Fotos aus den Kurdengebieten in der Provinz Diyarbakir bewiesen.

⁵ Eine Übersicht über Anschläge der Jahre zwischen 1980 und 2017 findet sich bei Wikipedia unter dem Titel „Liste von Terroranschlägen der Arbeiterpartei Kurdistans“. Diese Liste stützt sich lt. Wikipedia auf Angaben der PKK und ihr nahestehender Organisationen. Die Regierung in Ankara gibt die Zahl der im türkisch-kurdischen Konflikt bislang getöteten Menschen lt. Wikipedia mit 45.000 an. Verifizierbar durch unabhängige Quellen sind diese Zahlen allerdings nicht.

Kurdische Menschen-rechtsgruppen in der Türkei hatten sie heimlich hergestellt und an Kollegen in Deutschland geschickt, die sich an die Redaktion *Monitor* wandten. Die hatte die Bilder von BTR-Panzern in Kurdengebieten bereits in einer früheren Sendung gezeigt, und die Bundesregierung unter Helmut Kohl hatte dementiert, dass die Panzer aus der Bundesrepublik stammten. Vielmehr habe es sich um Lieferungen aus der Sowjetunion bzw. nach deren Zusammenbruch aus Russland gehandelt. Jetzt ging es *Monitor* darum, zu beweisen, dass die Fahrzeuge aus dem Nachlass der früheren DDR stammten und die Bunderegierung die Verantwortung für deren Export trug. Der Beweis war durch genaue Analyse der vorliegenden Fotos leicht zu erbringen, denn die NVA hatte an ihren Radpanzern einige Spezifikationen angebracht, z.B. größere Außenspiegel, einen gesonderten Infrarot-Scheinwerfer auf dem Dach und spezielle Halterungen für Verladekeile beim Transport der Panzer. Ein ehemaliger Oberstleutnant der NVA und ein Oberst der Sowjetarmee bestätigten diesen Befund anhand des vorliegenden Bildmaterials.⁶ Damit war das Bundes-verteidigungsministerium, das bis zuletzt an seiner Version festhielt, die Panzer stammten aus Russland, diskreditiert. Was aber noch schwerer wog, waren Aussagen von Augenzeugen aus den Kurdengebieten, die den Einsatz der Radpanzer beobachtet oder beim Beschuss ihrer Häuser durch die BTR 60 Verwandte verloren hatten. Besonderes Aufsehen erregte der Fall Mesut Dündar, der am 6. September 1992 von türkischen Sicherheitskräften an einen BTR-60-Radpanzer gebunden und zu Tode geschleift wurde. Die Fotostrecke von diesem Mord ging um die Welt. Der damalige, inzwischen verstorbene *Monitor*-Moderator Klaus Bednarz scheute sich nicht, angesichts der berichteten Gräueltaten von „Völker-mord an den Kurden“ zu sprechen. Wenn diese Einschätzung richtig ist, dann wäre es bereits der zweite Genozid, der von türkischen Regierungen mit deutschen Waffen innerhalb von rund 120 Jahren verübt wurde.⁷

Weitere deutsche Waffenlieferungen an die Türkei 1980 – 1999

Eine nahezu vollständige Übersicht über umfangreiche deutsche Waffenlieferungen an die Türkei zwischen 1980 und 1999 veröffentlichte die linke Wochenzeitung *Jungle World* Ende der 1990er Jahre.⁸ Sie umfasst Lieferungen im Wert von etlichen Milliarden DM (der Euro wurde erst 2002 in der Bundesrepublik eingeführt). Sie wird hier auszugsweise wiedergegeben.

- 1980-1982: Die Bundesregierung gewährt der Türkei Militärhilfe im Umfang von 1,2 Milliarden DM. Die Hilfe umfasst 77 Kampfpanzer, 249 Milan-Abschussgeräte sowie die Aufrüstung von 160 M-48-Panzern (aus amerikanischer WK-II-Produktion, Anmerkung WL). Zudem wird der Ausbau von Gewehrfabriken in Arifiye, Kirikale, Elmadagi und die Modernisierung von zwei Marinewerften in Gölcüküy und Tashizak unterstützt. Dort wird in der Nachfolge des G3 auch das G36 produziert.

⁶ Michael Enger, Wolfgang Landgraeber, Hans-Peter Weymar unter Mitarbeit von Jürgen Neitzert: Deutsche Waffen gegen Kurden - Die Lügen der Bundesregierung, in *Monitor* vom 12.5.1994

⁷ Siehe dazu GN-STAT Fall 1: „Deutsche Waffenexporte für den Völkermord - Mauser-Gewehre und Krupp-Kanonen im Einsatz beim Genozid der Türken in Armenien 1895-1916“, www.gn-stat.de

⁸ „Waffen made in Germany“, Autor Felix Lee, *Jungle World* vom 10.3.1999

- 1985 bis 1987: Die Antiterror-Truppe „*Schwarze Käfer*“ wird in Deutschland von der GSG9 ausgebildet. Im Zuge des türkisch-kurdischen Krieges verstärkt die Türkei den Waffenimport. Zu den Lieferanten zählen die Firmen *Siemens, Thyssen, VW, Dornier, Eurometall, Krauss-Maffei, AEG, Krupp und MAN*. Verkauft werden unter anderem Panzertransporter und Bergepanzer in Wert von 500 Millionen DM.
- 1989: Die türkische Regierung rüstet ihr Luftverteidigungssystem auf. Dafür schließt MBB mit fünf türkischen Firmen einen Vertrag im Umfang von 600 Millionen DM ab, der den Vertrieb von Kampfhubschraubern vorsieht. Die Bedeutung deutscher Konzerne für die türkische Kriegsführung verdeutlicht ein Zitat aus der Zeitschrift *Defence and Aerospace*: „Wenn heute in der Türkei überhaupt von einer Rüstungsindustrie gesprochen werden kann, so hat sie das in allererster Linie der Bundesrepublik Deutschland zu verdanken. Firmen wie *Fritz Werner, Heckler & Koch, Rheinmetall, MBB und Diehl* sind unserem Verband der Maschinen und Chemieindustrie bestens bekannt.“
- 1990: Die Rüstungsfirmen *Blohm & Voss, Thyssen-Rheinstahl Technik* und *HDW Kiel* unterzeichnen einen Vertrag für den Bau von MEKO-200-Fregatten im Wert von 800 Millionen DM.
- 1991: Das Verteidigungsministerium liefert Waffen im Wert von 1,5 Milliarden Mark an die Türkei. Dabei handelt es sich vor allem um Restbestände der NVA. „Eine ganze Armeeausrüstung“ (FAZ) wird verschenkt: mehr als 100.000 Panzerfäuste, 350.000 *Kalashnikow*-Maschinenpistolen, 440 Millionen Stück Munition, 30 Kampf- und Aufklärungsflugzeuge RF 4E und 300 Panzer vom Typ BTR-60. Hinzu kommt die Lieferung von 131 Artillerie-Raketenwerfern, 550 Schützenpanzern und 200 Hubschraubern.
- 1992: Die Firma *Eurometall* exportiert 18.000 Artilleriegranaten, 15 Leopard-Panzer und 46 RF-4E-*Phantom*-Flugzeuge in die Türkei. Und dies, obwohl für knapp ein halbes Jahr ein Lieferstopp verhängt wurde... Nach der Aufhebung des Waffenembargos schließt ein deutsches Konsortium mit der türkischen Marine einen Vertrag über den Bau von zwei Fregatten im Umfang von rund 800 Millionen Mark ab.
- 1994: Im Mai wird ein Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei verhängt, als Beobachterdelegationen den Einsatz von deutschen Waffen im kurdischen Teil der Türkei nachweisen. Vier Wochen später werden die Waffenlieferungen wieder aufgenommen. Die Türkei erhält neben 15 *Phantom*-Flugzeugen und einem Aufklärungssystem auch Munition, Tank- und Löschwagen im Wert von 300 Millionen DM.
- 1996: Die BRD übernimmt für den Bau von *Stinger*-Abwehrraketen eine Bürgschaft von 48,8 Millionen DM - der Auftrag geht an *Mercedes-Benz*. Die Tochterfirma

DASA erhält den Auftrag für die Produktion von Lenkflugkörper- systemen und Panzergehäusen.

- 1997: *Krauss-Maffei* erhält für 4,5 Milliarden DM den Auftrag zum Bau von 1.000 Panzern vom Typ Leopard I und II. Die *Lürssen-Werft* soll Patrouillen-Schnellboote produzieren.
- 1998: Das deutsch-französische Konsortium *Eurocopter* liefert 30 Kampf- und Transport-Hubschauber des Typs Cougar AS 532 im Wert von 700 Millionen DM. Die *Howaldtswerke Deutsche Werft AK*, eine Tochter der *Thyssen AG*, baut vier U-Boote vom Typ U 212. *Rheinmetall AG* und *Heckler & Koch* schließen mit Ankara Lizenzverträge über die Produktion von Maschinen-gewehren der Typen MG 3, MP 5 und G 3 A3.

Dass die meisten dieser Waffen und Waffensysteme auch im Krieg der Türkei gegen die Kurden eingesetzt wurden und werden, daran ließ die ehemalige türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller keinen Zweifel. In einem Interview stellte sie 1995 unmissverständlich klar: „Wir setzen die Waffen ein, die wir haben“. ⁹ Und das sind eben auch die deutschen.

Überhaupt ist die Geschichte der deutschen Waffenexporte in die Türkei, eine Geschichte des ständigen Wechsels von Erlauben und Versagen, von Täuschen und Vertuschen. Immer wenn Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen auftauchten, verfügte die Bundesregierung - egal ob unter den Kanzlern Kiesinger, Brandt, Schmidt, Kohl, Schröder, Merkel oder Scholz - einen Exportstopp, der schon wenig später wieder aufgehoben wurde. Relativ neu ist, dass der türkisch-kurdische Konflikt inzwischen über die Grenzen der Türkei hinausgewachsen ist und die Agenda von Nachbarstaaten wie des Irak und Syriens mitbestimmt. Zwar lassen Appelle des PKK-Chefs Öcalan an seine Kämpfer, die Waffen niederzulegen und gleichzeitige Signale aus Erdogans Präsidentenpalast vom Februar 2025 auf Frieden hoffen, doch es bleibt abzuwarten, ob ernsthafte Absichten dahinterstecken. Zu oft wurden Friedensversprechen in den vergangenen Jahrzehnten gebrochen.

Leopard 2-Panzer als NATO-Rüstungshilfe – zweckentfremdet für den Krieg gegen Kurden in Syrien

Schon der Vorgänger des Leopard 2 vom Typ Leopard 1 mit Varianten von A1 bis A6 war für die deutschen Firmen Krauss-Maffei-Wegmann und Rheinmetall beim Verkauf an viele Armeen innerhalb und außerhalb Europas ein Riesengeschäft. An die Türkei wurden im Lauf einiger Jahre knapp 400 Exemplare geliefert, davon 320 aus Beständen der Bundeswehr, die Kapazitäten für die Unterbringung der moderneren Version Leopard 2 A4 brauchte. Schon damals erschien es äußerst unwahrscheinlich, dass die Türkei von einem Aggressor außerhalb der NATO angegriffen werden würde. Trotzdem erhielt sie großzügige Rüstungshilfe mit Panzern und Kriegsschiffen. Nach Recherchen des *Spiegel* erhielt sie in den 1980er Jahren bereits 274 Kampfpanzer der ersten Modellreihe aus

⁹ Die Tageszeitung (taz) vom 31.7.1995; Tansu Ciller, türkische Ministerpräsidentin von 1993 bis 1996

Beständen der Bundeswehr, Anfang der 1990er Jahre noch einmal 150 Leopard 1A4. Alle Lieferungen wurden als „deutsche“ NATO-Verteidigungshilfe deklariert.¹⁰ Bald schon wurden die in die Jahre gekommenen Leopard 1 durch die moderneren Leopard 2 A 4 ersetzt, und auch dieser Deal lief wie geschmiert durch die beteiligten Ministerien und Genehmigungsbehörden.

Nach Angaben des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) besaß die Türkei im Jahr 2023 170 Leopard 1A3 , 227 Leopard 1A4 und 316 Leopard 2 A4.¹¹

Als sich bei der ersten Offensive gegen Kurden in Syrien 2018 unter dem prosaischen Namen „Operation Friedensquelle“ - der Diktator Assad war noch im Amt - die Anzeichen verdichteten, dass die Türkei ihre „Geräte“ für andere Zwecke als für die Landesverteidigung brauchte, hielt sich die damalige Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) mit Protesten oder gar Stornierungen zurück. *Der Spiegel* kommentierte damals: „Ausgerechnet mit „Leopard“-Panzern aus deutschen Waffen-schmieden marschiert die türkische Armee auf Befehl des Staatspräsidenten Erdogan in Syrien ein. Brutal lässt er sie dort gegen die kurdische Miliz YPG vorgehen. Erdogan gilt sie als Arm der Terrorgruppe PKK, als Bedrohung für die Türkei. Für Deutschland und die USA hingegen ist sie auch ein Verbündeter im Kampf gegen den ‚Islamischen Staat‘ (IS)“.¹² Afrin, das als zwar von Kurden besiedelte, aber friedliche Provinz Syriens galt, wurde von türkischen Streitkräften besetzt und ist es - Stand März 2025 - immer noch. Kurdische Milizen, die Widerstand leisteten, wurden niedergekämpft.

Die Türkei begründete den Einmarsch in Afrin mit der Schaffung einer Sicherheits-zone gegen kurdische Milizen an der türkisch-syrischen Grenze. Das sei eine Verteidigungshandlung im Sinn des Völkerrechts, die auch durch den NATO-Vertrag gedeckt sei. Man wolle damit einem eventuellen Angriff Syriens auf türkisches Staatsgebiet vorbeugen. Daraufhin verbreitete sich bei der NATO die Befürchtung, Erdogan werde den NATO-Bündnisfall ausrufen, der die NATO verpflichtet hätte, der Türkei militärischen Beistand zu leisten. Auch in deutschen Regierungskreisen gab es diese Besorgnis. Doch die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags gaben in einem Gutachten mit dem Titel „*Völkerrechtliche Aspekte der türkischen Militäroperation ‚Friedensquelle‘ in Nordsyrien*“ von 2018 schnell Entwarnung. Weder sei mit der Zustimmung aller 29 Mitgliedsländer der NATO zu rechnen, was Voraussetzung für die Anerkennung als NATO-Bündnisfall wäre, noch sei die potentielle Bedrohung aus Syrien als Angriff auf das NATO-Land Türkei zu werten. Im Gegenteil: die Türkei sei ja der wahre Aggressor. Im Klartext: „Käme es zu einer syrischen Gegenwehr gegen das türkische Vorrücken in Nordsyrien, dann wäre dies aus syrischer Sicht eine **völkerrechtskonforme Verteidigungshandlung** gegen eine **völkerrechtswidrige Aggression der Türkei**. Im Zuge dieser Verteidigungs-handlung dürfte Syrien die türkischen Truppen bis auf türkisches Gebiet zurückdrängen und dabei im Rahmen der Verhältnismäßigkeit sogar militärische Gewalt gegen die Türkei anwenden. Solange eine (potentielle) syrische Verteidigung notwendig und verhältnismäßig bleibt, würde sie auch **nicht in eine völker-**

¹⁰ Der Spiegel vom 23.1.2018

¹¹ Zitiert nach *Handelsblatt* vom 19.1.2023

¹² Markus Becker und Matthias Gebauer „Heikle Geschäfte“ in: *Der Spiegel* vom 23.1.2018

rechtswidrige Angriffshandlung ‚umkippen.‘ So lange wären dann auch die rechtlichen Voraussetzungen für eine Feststellung des NATO-Bündnisfalles nicht gegeben.“¹³

Das dürfte erst recht für die neue türkische Invasion in Afrin gelten, die Erdogan nach dem Zusammenbruch des Assad-Regimes Ende 2024 durchführen ließ. Wieder rollten Leopard-Panzer, wieder starben hunderte Menschen. Ob es Erdogan wirklich ernst meint mit seinen Friedenssignalen an die PKK, wird sich u.a. am weiteren Schicksal Afrins beweisen.

Der Eurofighter - heiß begehrt von der türkischen Luftwaffe

Kurz vor Weihnachten 2024 ließ Erdogan zwei britische Eurofighter *Typhoon* aus Katar einfliegen, um sie von Offizieren der türkischen Luftwaffe inspizieren zu lassen. Das Kampfflugzeug, ein deutsch-spanisch-italienisch-britisches Gemeinschaftsprojekt, steht schon länger auf ihrer Wunschliste und soll die betagten amerikanischen F-15 ersetzen. Das stieß bislang auf ein politisches Hindernis, denn alle vier Erzeugerländer müssen einem Verkauf zustimmen, und Bundeskanzler Scholz verweigerte sich dem bislang mit Verweis auf das aggressive türkische Vorgehen in Syrien. Doch mit den neuen politischen Entwicklungen (Regimewechsel in Syrien, Krieg in der Ukraine) sind alle Vorbehalte dahin. Im Herbst 2024 hatte die Weigerung des Bundeskanzlers beim Staatsbesuch Erdogans in Berlin noch für handfeste Verstimmung gesorgt. Der türkische Verteidigungsminister Güler drohte daraufhin, statt der 40 Eurofighter die amerikanische F-16 zu beschaffen. Ein halbes Jahr später ist von Verärgerung nichts mehr zu spüren. Der Verkauf unter bundes-deutscher Federführung ist (Stand November 2024)¹⁴ beschlossene Sache. Er wird den strategischen Status Quo im Nahen und Mittleren Osten zum Vorteil der Türkei und der NATO verschieben. Oder weitere Kriege in der Region anheizen, wie viele Friedensaktivisten in Europa befürchten.¹⁵

Deutsche Kriegsschiffe und Torpedos für die türkische Mittelmeerflotte

Ähnliches gilt für die Aufrüstung der türkischen Marine durch deutsche Werften und Elektronik-Unternehmen. Im Hintergrund dabei: die seit Jahrzehnten bestehende Rivalität zwischen Griechenland und der Türkei um Bodenschätze im östlichen Mittelmeer. Im Oktober 2024 beendete die Ampelkoalition unter Kanzler Scholz plötzlich ihr jahrelanges Moratorium gegenüber der Türkei und genehmigte Rüstungsexporte im Wert von einer Viertelmilliarde Euro. Darunter waren lt. *Spiegel* 100 Flugabwehrraketen und Torpedos für die Marine sowie große Materialpakete für die Modernisierung von türkischen U-Booten und Fregatten. „Die Genehmigungen gehen aus einer Liste des Wirtschaftsministeriums für den Bundestag hervor, die dem SPIEGEL vorliegt. Demnach

¹³ Wissenschaftliche Dienste - Ausarbeitung - WD 2 - 3000 - 116/19 S. 14 (Fettdruck im Original) abgerufen am 27.2.2025

¹⁴ „Blockade aufgehoben – Deutschland nickt 40 Eurofighter für die Türkei ab“ Frankfurter Rundschau 16.11.2024

¹⁵ Aktion Aufschrei: „Keine Eurofighter für die Türkei!“ 25.10.2024, abgerufen 20.2.2025

darf die Waffenschmiede MBDA der Türkei 100 Lenk-flugkörper zur Luftverteidigung von Schiffen liefern. In der Liste wird der finanzielle Umfang des Deals nicht konkret genannt, der Preis der sogenannten RAM-Raketen dürfte aber um die 100 Millionen Euro liegen. Ebenso genehmigte der Bundessicherheitsrat noch die Lieferung von 28 Torpedos vom Typ *SeaHake* der Marinesparte von Thyssen-Krupp für 156 Millionen Euro.“¹⁶

Griechenland und die Türkei sind beide Mitglieder der NATO. Nicht auszudenken, was passieren würde, wenn sie sich beim Streit um die Ausbeutung von Gasvorkommen vor Griechenland und Zypern wie bereits 2020 in die Haare bekämen, als Erdogan Griechenland schon einmal mit Krieg drohte.¹⁷

Deutsche Hilfe beim Aufbau einer türkischen High-Tech-Rüstungsindustrie

„Die Türkei strebt in der Rüstungs- und Verteidigungspolitik Souveränität an. Sie will logistisch, technisch, konzeptionell und bei der Herstellung von Waffensystemen immer weniger von Partnern aus Drittstaaten abhängig sein; mit anderen Worten, Ankara fokussiert sich auf Eigenproduktion statt auf Beschaffung aus dem Ausland. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Unternehmen im Verteidigungssektor vernetzt, Supply-Chain-Kapazitäten vor Ort ausgebaut und die rüstungsrelevante Forschung in den verschiedenen Wirtschaftssektoren des Landes zentral koordiniert.“ So lauten die ersten Sätze eines aktuellen Gutachtens der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik mit dem Titel „Die Türkei auf dem Weg zum globalen Rüstungsexporteur - Wachsende Konkurrenzfähigkeit und strategische Neuausrichtung der türkischen Rüstungsindustrie“ aus dem Jahr 2024.¹⁸

Die Studie nennt einige Beispiele für deren rasanten Aufstieg: Bayraktar-TB2-Drohnen des türkischen Unternehmens Baykar, die in zahlreiche Länder exportiert wurden und z.B. in der Ukraine gegen russische Truppen zum Einsatz kamen oder im Konflikt Aserbaidschans mit Armenien in Berg-Karabach auf aserbaidshanischer Seite. Auch in Syrien, im Nordirak und in Libyen seien sie bereits aufgetaucht.

Für den Land- und den Luftkrieg ist die Türkei bereits auf dem Weg zur angestrebten Autarkie viele Schritte weitergekommen: der leichte Kampfpanzer Altay, die Tarnkappen-Kampfdrohne Anka-3, das KAAAN-Tarnkappenflugzeug und ein leichter Jagdbomber sind neben weiteren Projekten¹⁹ Wegmarken einer Entwicklung, die in Vorderasien nur noch mit der Israels auf diesem Gebiet vergleichbar ist.

Und wieder einmal leistete die Bundesrepublik Deutschland in trauter Waffenbrüderschaft kräftig Beihilfe zur Erreichung dieses Ziels. Ganz vorn dabei: deutsche Rüstungsunternehmen aus der High-Tech-Sparte. Was die Türkei noch nicht selber kann, wird gern geliefert. Ein Beispiel für die diesbezügliche Verantwortung der rot-grün-gelben

¹⁶ „Ampelregierung genehmigt wieder Waffenexporte in die Türkei“, Autor Matthias Gebauer, DER SPIEGEL Online v. 6.10.2024, abgerufen 1.12.2024

¹⁷ „Kann die EU Erdogan stoppen?“ Tagesschau Online v. 12.8.2020, Autorin Helga Schmidt, ARD Brüssel, abgerufen am 15.1.2026

¹⁸ SWP-Aktuell 2024/A 05 v. 1.02.2024, Autor Jens Bastian, abgerufen 13.2.2025

¹⁹ „Die neue Boombranche der Türkei“, Tagesschau Online v. 14.11.2023, Autorin Karin Senz, abger. 3.3.2025

Ampelkoalition, die sich gern den Anstrich besonderer Zurückhaltung bei Rüstungsexporten in Krisenregionen gab, lieferte das politische Magazin *Monitor* im August 2020. Unter dem Titel „Erdogans Drohnenkriege: auch dank deutscher Technologie?“ berichtete die Redaktion über die Lieferung von Gefechtsköpfen für türkische Drohnen, die völkerrechtswidrig in der Stadt Kobane im von Kurden besiedelten Westen Syriens eingesetzt wurden und Opfer unter der Zivilbevölkerung forderten.²⁰

Im jüngsten Krieg Aserbaidschans gegen Armenien um die Enklave Berg-Karabach, der zur fast völligen Vertreibung der Armenier aus der Region führte, wurden ebenfalls Bayraktar TB-2-Drohnen aus der Türkei eingesetzt.²¹

Die westdeutsche Firma *Hensoldt*, seit einigen Jahren im Besitz des Bundes - sei neben vielen anderen an der Herstellung von Bauteilen für den türkischen Drohnenkrieg beteiligt, meldeten andere Quellen.²² Allein in der viermonatigen Operation *Olivenzweig*, in deren Verlauf die Türkei das syrische Afrin besetzte, sollen Drohnen dieses Typs 449 Direkttreffer erzielt und in 680 weiteren Fällen Kampf-flugzeuge oder -hubschrauber dazu befähigt haben. Über die Zahl der Opfer ist nichts bekannt.

Der Bericht aus *Netzpolitik.org* nennt viele weitere Lieferanten für Drohnen-Bauteile aus der Bundesrepublik. Etliche seien nicht einmal genehmigungspflichtig gewesen.

Kleine Randbemerkung: der Sohn des Gründers der Drohnenfabrik *Baykar* und Namensgebers der *Bayraktar*-Drohne, Selcuk Bayraktar, soll inzwischen Schwieger-sohn des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan sein.²³ Von Erdogan gibt es Bilder, auf denen er voller Stolz mit Filzstift eine Bayraktar-Drohne signiert. Weitere Verkaufsschlager aus türkischen Rüstungsfabriken werden dank deutscher und internationaler Hilfe sicher bald folgen.

Zusammenfassung

Der Umfang der Rüstungszusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland bzw. dem Deutschen Reich und der Türkei bzw. dem Osmanischen Reich dürfte unter den Ländern Europas beispiellos sein, sowohl was den Umfang nach Stückzahlen und Kosten sowie nach Vielfalt und Qualität der gelieferten Waffen betrifft. Unübertroffen dürften auch die Folgen der mit den Rüstungsgütern geführten Kriege sein - die (das sei noch einmal nachdrücklich betont) – z.T. völkerrechtswidrig bis hin zum Völkermord geführt wurden. Die deutschen Regierungen im Kaiserreich und in der Bundesrepublik haben dies gewusst und die milliardenschweren Exporte sehenden Auges dennoch genehmigt. Ein Ende dieser zweifelhaften Waffenbrüderschaft ist - NATO-Mitgliedschaft hin oder her - nicht abzusehen.

²⁰ *Monitor* v. 20.8.2020, Autoren Otfried Nassauer u.a., abgerufen am 12.12.2024

²¹ „Sieben Sekunden um wegzulaufen“-Tagesschau Online vom 20.11.2022, Autorin Silvia Stöber, abg. 6.3.2025

²² „Raketen und Sensoren-Deutsche Technik für den türkischen Drohnenkrieg“, *Netzpolitik.org* v.12.10.2021

+ 6 Ergänzungen, Autor Matthias Monroy, abg. 10.2.2025

²³ ebenda